

PRESSEMITTEILUNG

☎ 0 48 41 / 22 40 Fax 03 222 469 244

☎ 01 72 411 23 87

e-mail: sdn.husum@t-online.de
www.sdn-web.de

**Schutzgemeinschaft
Deutsche Nordseeküste e.V.**



Husum, den 31.3.11

Gutachten für Deutsche Küstenwache gefordert

„Amtshilfe“ und „Organleihe“ reichen nicht / SDN fordert Politik zum Handeln auf

(Husum/Cuxhaven/Varel i.O.) „Der politische Beschluss im Koalitionsvertrag zur Schaffung einer Küstenwache ist bislang am Widerstand und der Uneinigkeit der betroffenen Verwaltungen gescheitert, die sich offensichtlich über die politischen Vorgaben hinwegsetzen“, heißt es in einer Pressemitteilung der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste SDN. Daher hat der kommunale Umweltverband erneut die verantwortlichen Bundesminister aufgefordert, den im Koalitionsvertrag vereinbarten Aufbau einer „Deutsche Küstenwache“ zu beginnen.

Weil die Verwaltung nicht willens ist, den Auftrag zu erfüllen, schlägt die SDN den Ministern vor, ein unabhängiges Wirtschaftsinstitut mit der Aufgabe zu versehen, ein Gutachten für die Zusammenführung der schwimmenden Einheiten der verschiedenen Bundesbehörden zu erstellen. Besonders die finanziellen und Vorteile der Effizienz dieser Maßnahme sollten ein Schwerpunkt der Aufgabe sein. Das „gut ausgebildete und exzellent motivierte Personal“ ist nach Meinung von SDN-Vorstandssprecher Hans von Wecheln bereits vorhanden, man benötige nur eine verbesserte Organisationsform.

Daher solle ein Institut der freien Wirtschaft untersuchen, wie die derartigen Strukturen der fünf verschiedenen Bundesbehörden verbessert werden können, und Personal und Material wesentlich kostengünstiger und effektiver eingesetzt werden kann. Auch die bisherige Zusammenarbeit basierend auf den Begriffen „Amtshilfe“ und „Organleihe“ solle hinterfragt werden, ob damit die zukünftigen Aufgaben im Bereich von Schiffssicherheit und Terrorgefahr begegnet werden können. Seit langem wird diese Form von Verfassungsjuristen angezweifelt. „Wir wollen eine echte Führungsorganisation mit umfassender Kompetenz und keine Bürogemeinschaft, wo jeder in seinem Aufgabebereich aufgrund von Zuständigkeiten nur begrenzt handeln darf“, meint die SDN.

Erst kürzlich hatte ein vom damaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) vorgelegtes Eckpunktepapier „Deutsche Küstenwache“ für Unstimmigkeiten bei Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) gesorgt. In der Vorlage hatte der Bundesinnenminister vorgeschlagen, das Personal und die Einheiten der Bundesbehörden in einem ersten Schritt in eine Behörde zu integrieren, das Innenministerium sollte dort die Führung übernehmen. Die Verwaltungen der beteiligten Ministerien hatte jedoch durch Verzögerung erreicht, dass es nach einem Jahr keine Befassung mit der Umsetzung geben hat und nunmehr auch die Minister weiterhin keine Aktivitäten entwickeln.

Die SDN erinnert daher die Minister und Bundestagsabgeordneten an den Koalitionsvertrag. Dort heißt es wörtlich: „mit der späteren Zielsetzung des Aufbaus einer Nationalen Küstenwache wollen wir zunächst die Kompetenzen der gegenwärtig am Küstenschutz beteiligten Bundesbehörden zusammenführen.“

Die Verwaltung auf Bundesebene hat mit ihrer Haltung der „Nichtbefassung“ bewiesen, dass sie an eine Umsetzung des Koalitionsvertrages aus egoistischen hauseigenen Motiven nicht interessiert ist, meint die SDN. Daher könne die Umsetzung - untermauert durch ein unabhängiges Gutachten - nur durch einen Beschluss im Deutschen Bundestag herbeigeführt werden. „Und genau das“, so von Wecheln, „fordern die Küstenbewohner von ihren gewählten Volksvertretern“.

Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung!

Hans von Wecheln
Vorstandssprecher SDN